

# Schüler wehren sich

Eine Petition soll eine Verschärfung der Absenzenregelung an Basler Gymnasien verhindern.

Aimée Doumont

Die Schulbänke werden immer leerer. Familiäre Probleme, psychische Erkrankungen oder Überlastung durch schulische Anforderungen sind häufige Gründe. Das Erziehungsdepartement Basel-Stadt (ED) beabsichtigt, wie es auf Anfrage schreibt, eine 80-prozentige Anwesenheitspflicht an den Basler Gymnasien durchzusetzen. Mit einer Petition wollen die angehenden Maturandinnen und Maturanden nun dagegen vorgehen.

Es gäbe nur wenige Fälle des sogenannten Absentismus an den Gymnasien, sagt Charlotte Staehelin, Sprecherin des ED. Trotzdem beobachte der Kanton eine leichte Zunahme. Mit einer Anpassung der kantonalen Maturitätsprüfungsverordnung sollen Schülerinnen und Schüler im Falle von Absentismus so früh wie möglich unterstützt werden.

Bisher gilt: «Zu den Maturitätsprüfungen werden nur Schülerinnen und Schüler zugelassen, die den Unterricht der letzten beiden Jahre vor der Maturität regelmässig besucht haben.» Aus «regelmässig» soll nun «80 Prozent» werden. Die Regelung bestehe im Kanton bereits bei der Berufsmaturität und der Passerelle, sagt Staehelin. Wer also über 20 Prozent des 12. und 13. Schuljahres fehlt, wird künftig nicht zur Maturitätsprüfung zugelassen. In Einzelfällen – beispielsweise bei einer längeren Abwesenheit infolge eines Unfalls – können Ausnahmen gemacht werden, so Staehelin.

## Erziehungsdepartement spricht von Missverständnis

Basler Schülerinnen und Schüler wollen sich dies nicht gefallen lassen. Mit anderen Studierenden und Lernenden gründeten sie im vergangenen November die Freie Arbeiter\*innen Jugend Basel (FAJ). Bei dieser handelt es sich um eine basisdemokratisch aufgebaute Jugendgewerk-



Eine Verschärfung würde Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (im Bild das Gymnasium am Münsterplatz) betreffen.

Bild: Kenneth Nars

## «Das ED verkauft es als Spezifizierung, es ist aber eine deutliche Verschärfung.»

Noah Braun  
Mitglied FAJ Basel

schaft, welche die Interessen von Menschen unter 25 Jahren oder in Ausbildung vertritt. Sie ist Teil der Freien Arbeiter\*innen Union Schweiz (FAU).

Die FAJ Basel lancierte nun eine Petition. Darin fordert sie

das ED auf, die Pläne fallen zu lassen. «Wir sehen die Verschärfung der Absenzenregelung als einen klaren Angriff auf unsere Rechte und wollen dies nicht einfach so stehen lassen», sagt Noah Braun, Mitglied der FAJ Basel.

«Die Petition basiert auf einem Missverständnis», sagt Staehelin. «Die Absenzenregelung bleibt inhaltlich genau gleich», fügt sie an. Es handle sich um die Durchsetzung einer bisherigen Regelung, die juristisch nicht griffig genug formuliert war. So seien auch Schülerinnen und Schüler zur Matur zugelassen worden, welche die Schule nur selten besucht haben.

«Das ED verkauft es als Spezifizierung der Regelung, in der Realität ist es aber eine deutliche Verschärfung», sagt Braun. Lernende der Berufsschule wür-

den berichten, dass sie unter hohem Druck stehen. «Wenn sie krank sind, gehen sie trotzdem zur Schule aus Angst, zu viele Absenzen zu haben», fügt er an.

## Schülerinnen und Schüler unterstützen die Petition

Die Regelung treffe besonders Schülerinnen und Schüler, welche ohnehin mit grossen Belastungen zu kämpfen haben. «Diese fehlen meistens nicht aus Bequemlichkeit, sondern aufgrund von Umständen, die ausserhalb ihrer Kontrolle liegen. Diese pauschale Massnahme ignoriert das», so Braun.

Durch Unterschriftensammeln und das Verteilen von Flyern ist die FAJ Basel laut Braun schon mit vielen anderen Schülerinnen und Schülern in Kontakt gekommen. «Die Allermeisten sprechen sich klar gegen die Absenzenverschär-

fung aus und immer mehr wollen etwas dagegen unternehmen und werden aktiv», sagt Braun.

Es seien schon mehrere hundert Unterschriften zusammengekommen, das Ziel sei eintausend bis Mitte März, so Braun. «Wie es aktuell aussieht, werden wir dieses Ziel schon früher erreichen.»

«Schülerinnen und Schüler mit psychischen Problemen werden nicht unterstützt, sondern systematisch benachteiligt. Die Leistungsgesellschaft macht auch vor den Klassenzimmern keinen Halt», sagt Braun. Es sei bessere Aufklärung an den Schulen über Leistungsdruck und psychische Gesundheit nötig. Auch den Ausbau von Unterstützungsangeboten, wie Schulpsychologinnen und -psychologen oder Infoveranstaltungen, fordert er. «Bildung soll für alle zugänglich sein.»